

Kim setzt auf Kernwaffen

Sanktionen ignoriert

Von Olaf Standke

Wer gehofft hatte, Pjongjäng würde sich von der Verschärfung der UN-Sanktionen beeindruckt lassen, wurde umgehend enttäuscht. Am Donnerstagabend noch hatte auch die Europäische Union die Strafzügel angezogen, indem sie eine Resolution des Sicherheitsrats von Anfang August umsetzte. Zugleich beschlossen die EU-Staaten, die am 11. September beschlossenen zusätzlichen Sanktionen ebenfalls rasch umzusetzen. Dazu gehört vor allem die Beschränkung von Öllieferungen an die Demokratische Volksrepublik Korea. Darüber hinaus wollen die Mitgliedstaaten nordkoreanischen Staatsangehörigen in ihrem Hoheitsgebiet keine Arbeitserlaubnis mehr erteilen – weil die erzielten Einnahmen in Pjongjängs Atomwaffen- und Raketenprogramme fließen könnten. Wenige Stunden später schlug das japanische Warnsystem J-Alert erneut an.

Nahe der Hauptstadt Pjongjäng war wieder eine Rakete abgefeuert worden, die bei einer maximalen Flughöhe von 770 Kilometern den Norden Japans überquerte und nach 3700 Kilometern schließlich vor der Südostküste der Insel Hokkaido im Pazifik einschlug. Es war der bisher weiteste nordkoreanische Testflug. Doch sei er keine Bedrohung für Nordamerika oder das US-Außengebiet Guam gewesen, so das Pazifikkommando der US-Streitkräfte. David Wright von der Vereinigung besorgter Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten schätzt den Test dagegen als Demonstration der Fähigkeit ein, den US-Militärstützpunkt auf der 3400 Kilometer entfernten Pazifikinsel zu erreichen. Er nimmt an, dass es sich erneut um eine Hwasong-12-Mittelstreckenrakete gehandelt habe, deren maximale Reichweite bei 4500 Kilometer liegen soll. Der neue Raketentyp Hwasong 14 könne sogar mehr als 6000 Kilometer weit fliegen.

Neue Sanktionen des UN-Sicherheitsrates erwarteten politische Beobachter am Freitag nicht. US-Außenminister Rex Tillerson rief Peking und Moskau auf, ihrerseits schärfere Strafmaßnahmen zu ergreifen. In Washington denkt man in diesem Zusammenhang vor allem über einen sogenannten sekundären Boykott nach. Er würde auf die Handelspartner Nordkoreas zielen und soll das weitgehend isolierte und wirtschaftlich geschwächte Land von Finanzmitteln für seine Waffenprogramme abschneiden. Macht-haber Kim Jong Un betrachtet eigene Kernwaffen als politische Überlebensgarantie. Glaubt man dem Militärexperten Jung Cheol Wun von der Seouler Yungnam Universität in Seoul, hat er die technologischen Ziele seines Nuklearprogramms größtenteils schon erreicht.



Geflohene Rohingya erreichen am Donnerstag Bangladesch. Nächste Woche will Aung San Suu Kyi in einer Rede zur Nation für Frieden werben.

Foto: dpa/Dar Yasin

Pakistan will die Spannungen

Subir Bhaumik über den Rohingya-Konflikt in Myanmar und die politischen Hintergründe

Subir Bhaumik ist Experte für Sicherheitspolitik in Süd- und Südostasien. Der Journalist und frühere BBC-Korrespondent hat mehrerer Bücher geschrieben, in denen er die politischen Entwicklungen in Myanmar, Bangladesch und im Nordosten Indiens analysiert. Mit ihm sprach für »nd« Stefan Mentschel, der das Regionalbüro der Rosa Luxemburg Stiftung in Delhi leitet.

Foto: privat



Der Gewaltausbruch im Westen Myanmars hat viele Tote gefordert. Hunderttausende sind auf der Flucht. Was ist der Grund für die Eskalation?

Gewalt gibt es im Bundesstaat Rakhine seit Jahrzehnten. Um die Region zu befrieden, fasste Regierungschefin Aung San Suu Kyi im Oktober 2016 einen mutigen Entschluss. Sie setzte eine Kommission unter Leitung des früheren UNO-Generalsekretärs Kofi Annan ein, die Vorschläge für eine Lösung des Konflikts erarbeiten sollte. In seinem im August veröffentlichten Bericht spricht sich Annan für den Schutz der Rohingya, Religionsfreiheit sowie eine Beschleunigung der Verfahren zur Anerkennung der muslimischen Minderheit als myanmarische Staatsbürger aus. Zudem wird ein Aussöhnungsprozess zwischen den Ethnien gefordert.

Das hat offensichtlich nicht funktioniert.

Die Zeichen standen zunächst durchaus auf Erfolg. International stießen die Vorschläge auf Zustimmung. In Myanmar gab es ebenfalls positive Signale. An dem Bericht hatten auch mehrere myanmarische Spitzenpoli-

tiker mitgearbeitet, was der Regierung Suu Kyi die Legitimität zum Handeln gab. Gegen den Widerstands des Militärs kündigte Suu Kyi die Einsetzung einer Regierungskommission an, um Annans Vorschläge in die Tat umzusetzen. Allerdings hatte sie die Rechnung ohne die Rohingya-Rebellen gemacht, die in Rakhine seit Ende der 70er Jahre gegen das Militär und die Regierung kämpfen.

Was war passiert?

Nur Stunden nach Veröffentlichung des Annan-Berichts griffen Kämpfer der Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA, sinngemäß: Armee zur Rettung der Rohingya) zusammen mit Hunderten bewaffneten Dorfbewohnern 30 Polizeistationen und eine Kaserne an. Mindestens zwölf Polizisten und Soldaten wurden getötet. Durch diese konzertierte Aktion wurde die Hoffnung auf einen Friedensprozess zerstört, bevor der überhaupt beginnen konnte.

Wie reagierte das Militär?

Aung San Suu Kyi hatte ihr Gesicht verloren. Die Armee nutzte die Gunst der Stunde und begann mit der rücksichtslosen Aufstandsbeämpfung, die sich vor allem gegen Zivilisten richtete.

Warum torpedierte ARSA den Friedensprozess?

Es spricht viel dafür, dass ARSA vom pakistanischen Geheimdienst unterstützt wird. Der verfolgt das Ziel, neben dem Dauerkonflikt mit Indien in Kaschmir auch im Osten des Subkontinents Spannungen zu schüren. Die Aktivitäten sind dabei weniger gegen Myanmar gerichtet, sondern gegen die indienfreundliche Regierung von Sheikh Hasina in Bangladesch.

Gibt es Beweise für eine Verstrickung Pakistans?

Nach meinen Informationen haben die Geheimdienste Indiens und Bangladeschs Telefonate abgehört, in denen die ARSA-Führung von pakistanischen Verbindungsoffizieren aufgefordert wurde, nach Veröffentlichung des Annan-Berichts anzugreifen. Die Pakistaner wussten, dass Myanmars Militär brutal zurückzuschlagen und eine Massenflucht von Rohingya auslösen würde. Das ist geschehen und hat nun erhebliche Auswirkungen auf Bangladesch.

Welche genau?

Die Flüchtlingskrise kann Bangladesch innenpolitisch destabilisieren, denn Sheikh Hasina hat nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Bangladesch ist ein armes Land. Es hat nicht die Ressourcen, um viele Flüchtlinge aufzunehmen. Doch wenn Sheikh Hasina die Rohingya nicht aufnimmt, würde ihr die islamistische Opposition vorwerfen, sie ignoriere eine humanitäre Katastrophe mit muslimischen Opfern. Derzeit bemüht sich Bangladesch um einen Mittelweg: Einerseits nimmt es Flüchtlinge auf. Andererseits appelliert es vehement an die Weltgemeinschaft, Druck auf Myanmar auszuüben, damit die Re-

pressalien in Rakhine und die Massenflucht enden.

UN-Generalsekretär António Guterres warnt vor »ethnische Säuberungen« in Myanmar.

Das ist übertrieben. Fakt ist, dass die Armee in Myanmar auf Aufstandsbewegungen ethnischer Minderheiten stets mit rücksichtsloser Gewalt geantwortet hat. Nicht zu vergessen die jahrzehntelange Repression der politischen Opposition durch das Militärregime. In Rakhine hat die Armee jetzt wieder mit brutalen, mittelalterlich anmutenden Vergeltungsmaßnahmen reagiert, was Hunderttausende Zivilisten in die Flucht treibt. Das Vorgehen ist allerdings eine Reaktion auf die Angriffe der ARSA im August und keine geplante ethnische Säuberung.

Welche Möglichkeiten hat die angeschlagene Aung San Suu Kyi, um den Konflikt zu beenden?

Wie ihre Amtskollegin Sheikh Hasina hat sie nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Sie muss das mächtige Militär bei Laune halten, um die in den letzten Jahren erzielten demokratischen Fortschritte im Land nicht zu gefährden und einen neuerlichen Putsch zu verhindern. Sie muss sich aber auch mit der internationalen Gemeinschaft auseinandersetzen, die das brutale Vorgehen der Armee scharf kritisiert. Hinzu kommen, dass ARSA mit der Unterstützung Pakistans alles daran setzen wird, um einen Friedensprozess zu torpedieren, und dass Bangladesch angesichts der vielen Flüchtlinge zunehmend unruhig wird. Angesichts der komplexen Konfliktlage ist es derzeit daher vor allem wichtig, dass Suu Kyi die Krise politisch übersteht. Andernfalls sehe ich schwarz für die junge Demokratie in Myanmar.

NACHRICHTEN

Trump verurteilt rechte Gewalt

Washington. US-Präsident Donald Trump hat in einer Resolution die Gewalt rechtsextremer Gruppen und weißer Rassistinnen bei Demonstrationen in Charlottesville im August verurteilt. Wie das Weiße Haus am Donnerstagabend (Ortszeit) mitteilte, missbilligt Trump jede Form von Hass, Fanatismus und Rassismus. Der Präsident hatte kurz nach den Ausschreitungen zwischen rechtsextremen Demonstranten und Gegendemonstranten die Schuld beiden Seiten zugesprochen. Von Demokraten, aber auch Republikanern wurde er deshalb massiv gerügt. Der Kongress drängte Trump schließlich dazu, sich in der Resolution klar gegen weißen Rassismus zu positionieren. dpa/nd *Kommentar Seite 2*

Moskau: Ausdehnung der Schutzzonen in Syrien

Astana. Die Verhandlungen in Kasachstan über die Ausweitung der Schutzzonen in Syrien haben nach russischen Angaben Fortschritte gemacht. Die Delegationen stünden kurz vor der Unterzeichnung einer Vereinbarung über insgesamt vier »Deeskalationszonen«. Federführend bei den Gesprächen sind Russland, Iran und die Türkei. In den Sicherheitszonen soll mit Hilfe russischer Militärpolizei eine Feuerpause durchgesetzt werden. AFP/nd

Hamas-Kämpfer bei Tunneleinsturz getötet

Gaza. Beim Einsturz eines Tunnels im Gazastreifen ist ein Kämpfer der radikal-islamischen Palästinenserorganisation Hamas getötet worden. Der militärische Hamas-Arm bestätigte den Vorfall. Hamas baut derzeit ein unterirdisches Tunnelnetzsystem wieder auf und bereitet sich so auf einen möglichen neuen Konflikt mit Israel vor. Die israelische Armee hatte während des Gazakriegs im Sommer 2014 rund 30 der unterirdischen Röhren entdeckt und zerstört. dpa/nd

Katalonien: Brief an den König

Taragona. Vor rund 8000 Anhängern hat der Chef der katalanischen Regionalregierung, Carles Puigdemont, die Kampagne für das umstrittene Unabhängigkeitsreferendum eröffnet. Unter Rufen wie »Unabhängigkeit«, »Wir werden abstimmen« und »Wir haben keine Angst« zogen Puigdemont und andere Anführer der Unabhängigkeitsbewegung am Donnerstagabend in die Stierkampfarena von Tarragona ein. Derweil haben die Separatisten der spanischen Region König Felipe VI. zur Vermittlung im Konflikt mit der Zentralregierung in Madrid aufgefordert. In dem Schreiben wird um einen »offenen Dialog ohne Vorbedingungen« gebeten. Agenturen/nd

ANZEIGE

SPENDENAKTIONEN

Kuba braucht jetzt dringend unsere Solidarität!

Der Hurrikan „Irma“ hat entlang der Nordküste Kubas von Baracoa Richtung Westen bis zur Provinz Artemisa schwere Schäden verursacht.

Die Berichte der deutschen Medien informierten fast ausschließlich über Florida. Kuba, weil sozialistisch, wurde kaum erwähnt.

Die großen Schäden bis ins Landesinnere wurden durch Flutwellen, Stürme und starke Regenfälle, vor allem in der Landwirtschaft und an den Wohnhäusern verursacht.

KarEn ruft wie immer die Freunde Kubas auf: spenden Sie für die Beseitigung der großen Schäden!



Spendenkonto KarEn e.V.
Kennwort: Hurrikan „Irma“
Postbank Berlin, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 78 100 100 100 589 463 104
(Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Adresse angeben!)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24 00 94 70
E-Mail: karen@karen-berlin.de www.karen-berlin.de

Ernährungssicherheit

„Die Cuba Si-Projekte in der kubanischen Landwirtschaft sind strategische Investitionen für unser Land!“, erklärt Maritza Ramírez vom kubanischen Landwirtschaftsministerium gegenüber Cuba Si. „Durch die enge Zusammenarbeit mit unserem Ministerium ist garantiert, dass Eurer großartiges Engagement mit den Entwicklungszielen unseres Landes abgestimmt ist. „Das Jahr 2016“, so Maritza Ramírez, „war zwar das Beste für die kubanische Landwirtschaft seit 1990 – trotzdem deckt die Lebensmittelproduktion noch nicht den Bedarf. „Bitte unterstützt Kuba auch weiterhin – und übernimmt allen Spender/-innen von Cuba Si unseren herzlichen Dank für diese nutzbringende Hilfe!“

Bitte spenden Sie auch weiterhin für unser Solidaritätsprojekt „Milch für Kubas Kinder“.

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Si: Berliner Sparkasse, IBAN: DE 06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BELADEBEXX, „Milch für Kubas Kinder“



Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, -456
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

FRAUEN WELTWEIT STÄRKEN



Von Armut und Not besonders betroffen sind Kriegswitwen und kriegsversehrte Frauen in Afghanistan. Dabei sind sie oft auch die Ernährerinnen ihrer Familien. **75 € Unterhalt** im Monat benötigt eine Frau während ihrer Ausbildung in Orthopädietechnik. Mithilfe Ihrer Spende erhält sie die Chance, sich und ihre Kinder durch einen eigenen Lebensunterhalt dauerhaft ernähren zu können. Vielen Dank!

Spenden-Kennwort:
Frauen stärken nd
www.frauen-staerken.sodi.de



Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE33 1002 0500 0001 0201 00
BIC: BFSWDE33BER
Spenden sind steuerlich absetzbar. Bitte Postanschrift angeben.



DIENSTLEISTUNGEN

BÜCHER

BÜCHERANKAUF

Belletristik / Insel / Grafik
Gesamtausgaben / Minibücher
Schallplatten / Noten
Hausbesuche nach Absprache
(auch außerhalb)
ANTIQUARIAT ZEISIG
(030) 427 37 54

nd-Bücherservice

Bücher und Hörbücher
Tel.: 030/2978-1777
buecherservice@nd-online.de
neues deutschland nd

VERSCHIEDENES

Satt ist gut.
Saatgut ist besser.

brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe **Brot für die Welt**